

Regierungsratsbeschluss

vom 13. Dezember 2016

Nr. 2016/2202

Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Auftragsrecht) Schreiben an das Bundesamt für Justiz

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Justiz (BJ) betreffend Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Auftragsrecht) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz (BJ) betreffend Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Auftragsrecht) wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 13. Dezember 2016

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Finanzdepartement
Volkswirtschaftsdepartement
Obergericht
Gerichtskonferenz (Versand durch Legistik und Justiz)
Medien (jae)